

Änderungsantrag

der Abgeordneten Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Helmut Wieczorek (Duisburg), Hans Georg Wagner, Dr. Peter Struck, Dietmar Schütz, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Uwe Küster, Gerd Andres, Dr. Eberhard Brecht, Edelgard Bulmahn, Karl Diller, Dr. Peter Eckardt, Carl Ewen, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Günter Graf, Gerlinde Hämmerle, Manfred Hampel, Christel Hanewinkel, Dr. Ingomar Hauchler, Gabriele Iwersen, Ilse Janz, Ernst Kastning, Regina Kolbe, Detlev von Larcher, Markus Meckel, Michael Müller (Düsseldorf), Christian Müller (Zittau), Volker Neumann (Bramsche), Gerhard Neumann (Gotha), Dr. Edith Niehuis, Jan Oostergetelo, Manfred Opel, Dr. Helga Otto, Kurt Palis, Ursula Schmidt (Aachen), Brigitte Schulte (Hameln), Ernst Schwanhold, Rolf Schwanitz, Bodo Seidenthal, Wieland Sorge, Margitta Terborg, Uta Titze-Stecher, Ernst Waltemathe, Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Margrit Wetzel

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1994

hier: Einzelplan 16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit**

**— Drucksachen 12/5500 Anlage, 12/5870, 12/6016, 12/6030, 12/6031,
12/6032 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Zweckbestimmung und das Haushaltssoll in Kapitel 16 07
Titel 712 01 – 330 werden wie folgt wiederhergestellt:

„Neubau eines Dienstgebäudes für das Bundesamt für Strahlen-
schutz in Salzgitter – 12 Mio. DM.“

Bonn, den 23. November 1993

Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
Helmut Wieczorek (Duisburg)
Hans Georg Wagner
Dr. Peter Struck
Dietmar Schütz
Reinhard Weis (Stendal)
Dr. Uwe Küster
Gerd Andres

Dr. Eberhard Brecht
Edelgard Bulmahn
Karl Diller
Dr. Peter Eckardt
Carl Ewen
Evelin Fischer (Gräfenhainichen)
Arne Fuhrmann
Monika Ganseforth

Günter Graf
Gerlinde Hämmerle
Manfred Hampel
Christel Hanewinkel
Dr. Ingomar Hauchler
Gabriele Iwersen
Ilse Janz
Ernst Kastning
Regina Kolbe
Detlev von Larcher
Markus Meckel
Michael Müller (Düsseldorf)
Christian Müller (Zittau)
Volker Neumann (Bramsche)
Gerhard Neumann (Gotha)
Dr. Edith Niehuis

Jan Oostergetelo
Manfred Opel
Dr. Helga Otto
Kurt Palis
Ursula Schmidt (Aachen)
Brigitte Schulte (Hameln)
Ernst Schwanhold
Rolf Schwanitz
Bodo Seidenthal
Wieland Sorge
Margitta Terborg
Uta Titze-Stecher
Ernst Waltemathe
Inge Wettig-Danielmeier
Dr. Margrit Wetzel

Begründung

In der abschließenden Sitzung des Haushaltsausschusses am 11. November 1993 ist von der Ausschlußmehrheit der Beschluß gefaßt worden, die von der Bundesregierung vorgeschlagene Zweckbestimmung zu verändern. Die Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses lautet:

„Errichtung eines Dienstgebäudes für das Bundesamt für Strahlenschutz einschließlich Grunderwerb; das Bundesamt soll in einer vorhandenen Liegenschaft untergebracht werden.“

Im Zusammenhang mit diesem Beschluß war – zunächst informell – zu hören, daß mit dieser Beschlußfassung zugleich ein Verbleiben des Umweltbundesamtes in Berlin (statt einer Verlegung nach Dessau/Sachsen-Anhalt) und eine Verlegung des Standorts des Bundesamts für Strahlenschutz (gewissermaßen als Kompensation) nach Dessau geplant ist.

Damit erhält dieser Beschluß neben den Folgen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS) und den Folgen für die Stadt Salzgitter eine weitreichende Bedeutung. Im einzelnen ist folgendes anzumerken:

1. Ein seit vier Jahren gültiges Gesetz (das Gesetz zur Errichtung des Bundesamtes für Strahlenschutz vom 9. Oktober 1989) und die darin enthaltene Standortfestsetzung „Salzgitter“ wird gebrochen.
2. Durch den Beschluß wird das verfassungsrechtlich geschützte „Bepackungsverbot“ verletzt.
3. Durch die Veränderung der Standortentscheidung würden die zwischen Bund und Ländern in mühseligen Prozessen getroffenen Absprachen in der Föderalismuskommission verletzt. Es besteht die Gefahr, daß dieser äußerst sensible und komplexe Vorgang neu aufgerollt werden müßte.
4. Die Stadt Salzgitter wird erneut benachteiligt. Schon im Zuge des Verkaufs der Salzgitter AG an die Preussag AG wurde sie

nicht Sitz der daraus entstandenen Deutschen Stiftung Umwelt (mit einem Stiftungsvermögen von mehr als 2,3 Mrd. DM). Die BfS-Standortentscheidung für Salzgitter hing als schwache Ausgleichsmaßnahme mit dieser Aktion indirekt zusammen, so äußerte sich auch Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl 1989 gegenüber Vertretern der Stadt. Die stark industriell geprägte und mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit belastete Stadt benötigt eine solche Einrichtung dringend.

5. Die Stadt Salzgitter hat erhebliche Vorleistungen im Vertrauen auf die gesetzlich fixierte Standortfestlegung erbracht. Die gesamte Stadtplanung ist seit Jahren darauf ausgerichtet und in Teilen erheblich blockiert worden. Es ist zu befürchten, daß die Stadt mit ihren finanziellen Belastungen den Bund um Kostenerstattung angehen muß.
6. Der Rat der Stadt Salzgitter hat in einer Sondersitzung am 18. November 1993 mit den Stimmen aller Fraktionen eine Resolution verfaßt, die nachdrücklich eine Wiederherstellung der Regierungsvorlage fordert.
7. Die Bundesbahn hat als Eigentümerin eines großen Teiles des vorgesehenen Baugrundstücks ebenfalls alle Planungen auf die BfS-Ansiedlung ausgelegt.
8. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BfS sind nach Jahren der Arbeit in schwierigen Verhältnissen an zahllosen Standorten und mit mehreren Umzügen überbelastet und zum Teil demotiviert, wenn der jetzige Beschluß endgültig umgesetzt werden würde. Viele von ihnen haben sich in Salzgitter und Umgebung angesiedelt und befürchten große Nachteile. In einer Personalversammlung am 22. November 1993 wurde eine Wiederherstellung der Regierungsvorlage gefordert und ein zügiger Baubeginn für das seit Jahren in der Planung befindliche BfS-Gebäude in Salzgitter gefordert.
9. Die fachliche Arbeit des BfS ist erheblich in Gefahr, wenn der Standort Salzgitter nicht aufrechterhalten wird, weil es eine hervorragende Kooperation mit Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen und Universitäten der Region gibt.

Durch die Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses würden für den Fall der endgültigen Festlegung im Rahmen der Beschlußfassung über den Haushalt 1994 enorme Belastungen eintreten und Kosten nicht gespart werden.

